



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2003

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Entwurf des Bundesverkehrswegeplans unzureichend

Der Landtag wolle beschließen:

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans ist unterfinanziert, insgesamt nicht ausreichend, um die Mobilitätsprobleme der Zukunft zu lösen, und schafft zudem ein Mehr an bürokratischen Hürden.

Der Landtag missbilligt daher den Entwurf der Bundesregierung und fordert die Landesregierung auf, im Zuge ihrer Stellungnahme insbesondere auf folgende Nachbesserungen hinzuwirken:

1. In Anbetracht des Zuwachses des Personenverkehrs bis zum Jahre 2015 von mindestens 20 v.H. und von 60 v.H. im Güterverkehr reicht das vorgesehene Volumen des Bundesverkehrswegeplans von 150 Mrd. € bis zum Jahre 2015 nicht aus.
Die zu erwartenden Einnahmen aus der LKW-Maut müssen zusätzlich zu den bisherigen Haushaltsmitteln in die Bundesverkehrswege fließen und dürfen nicht zu einer Rückführung der originären Haushaltsmittel führen.
2. Eine weitere Ökobewertung von Straßenbaumaßnahmen verkompliziert nur das bis dato schon sehr umfangreiche deutsche Planungsrecht und führt zu mehr Bürokratie, zu längeren Genehmigungsverfahren und zu höheren Kosten. Umwelt- und naturschutzfachliche Untersuchungen müssen auch weiterhin ausschließlich im gesetzlich vorgeschriebenen Planungsverfahren erfolgen. Die Bundesregierung muss diesen zusätzlichen ideologischen Hebel gegen Straßenbauprojekte wieder streichen und die Projekte, die durch diesen Hebel zu Fall gebracht werden sollen, zügig realisieren.
3. Das Abstufungskriterium "Autobahnparallele Bundesstraße" ist sachlich nicht gerechtfertigt, zumal der Ausbau autobahnparalleler Bundesstraßen zu einer Entlastung überfüllter Autobahnen führen kann. Die Abstufung bzw. gänzliche Herausnahme bereits planungsfestgestellter Projekte führt zu Millionenverlusten der Länderhaushalte. Alle dadurch abgestuften Projekte bzw. ganz herausgefallenen Projekte müssen im vordringlichen Bedarf verbleiben.
4. Die verkehrstechnischen Verbesserungen der Verbindungen des internationalen Flughafens Frankfurt/Main mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn muss zügig und außerhalb der normalen Länderquoten des Bundesverkehrswegeplanes erfolgen.

Wiesbaden, 23. April 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Jung (Rheingau)